

Satzung über die Stundung, Niederschlagung und Erlass von Forderungen der Stadt Strasburg (Um.)

Aufgrund des § 5 der Kommunalverfassung des Landes Mecklenburg Vorpommern (KV MV) zuletzt geändert mit Bekanntmachung vom 13. Juli 2011 (GVOBl. M-V. S. 777) i.V.m. §§ 1,2 und 12 des Kommunalabgabengesetzes (KAG MV) GVOBl. M-V 2005, S. 146) in der z. Zt. gültigen Fassung zuletzt geändert mit Bekanntmachung vom 13. Juli 2011 (GVOBl. M-V S. 777, 833), der Abgabenordnung (AO) in der z.Z. gültigen Fassung zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 21. März 2013 (BGBl. I S. 556) und der Gemeindehaushaltsverordnung-Doppik (GemHVO-Doppik) vom 13. Dezember 2011 (GVOBl. M-V S. 1118) wird nach Beschlussfassung durch die Stadtvertretung vom 20.06.2013 folgende Satzung erlassen.

§ 1 Stundung

- (1) Stundung ist das Hinausschieben des Fälligkeitszeitpunktes einer Forderung. Sie soll nur auf Antrag des Schuldners erfolgen.
- (2) Voraussetzung:
Forderungen der Stadt Strasburg (Um.) dürfen auf schriftlichen Antrag ganz oder teilweise unter dem Vorbehalt des jederzeitigen Widerrufs gestundet werden, wenn besondere Gründe vorliegen, die eine Stundung rechtfertigen, insbesondere dann, wenn die Einziehung bei Fälligkeit eine erhebliche Härte für den Zahlungspflichtigen bedeuten und die Zwangsvollstreckung erfolglos sein würde, die Forderung nach der Stundung aber voraussichtlich eingehen wird (§ 22 Abs. 1 GemHVO-Doppik, § 222 AO). Eine erhebliche Härte ist dann anzunehmen, wenn der Zahlungspflichtige sich auf Grund ungünstiger wirtschaftlicher Verhältnisse ohne eigenes Verschulden, vorübergehend in ernsthaften Zahlungsschwierigkeiten befindet bzw. im Fall einer sofortigen Einziehung in diese geraten würde. Die Stundung kommt nicht in Betracht bei unzuverlässigen Schuldnern und wenn die Erfüllung der Forderung durch Hinausschieben der Fälligkeit gefährdet wird. Wird die Stundung durch Einräumung von Teilzahlung (Raten) gewährt, so ist vorzusehen, dass die jeweilige Restforderung sofort zur Zahlung fällig wird, wenn Termine für die Zahlung von 2 Raten nicht eingehalten worden sind.
- (3) Bis zur Entscheidung über den Antrag erfolgt keine Mahnung oder Beitreibung der Forderung.
- (4) Fälligkeitstermine sollten möglichst nicht über das laufende Haushaltsjahr gesetzt werden.
- (5) Gestundete Beträge sind zu verzinsen. Die Verzinsung von Steuern, Gebühren und Beiträgen richtet sich nach den §§ 233 bis 239 der Abgabenordnung (AO). Für privatrechtliche Forderungen wird ein Zinssatz von 3 v.H. über dem jeweiligen Basiszinssatz der Europäischen Zentralbank,

mindestens aber in der sich nach § 238 der AO ergebenden Höhe, als angemessen angesehen, soweit von der Stadt geschlossene Verträge oder sonstige Vorschriften keine andere Verzinsung vorsehen. Von der Berechnung der Stundungszinsen soll nur abgesehen werden, wenn der Schuldner durch die Zinszahlung in seiner wirtschaftlichen Lage schwer geschädigt würde. Die Entscheidung hierüber richtet sich nach den Vorschriften über den Erlass von Forderungen:

- (6) Beträge, die über einen Zeitraum von drei Jahren hinaus ohne Ratenzahlung gestundet werden, sind haushaltsmäßig und kassenmäßig wie befristete Niederschlagungen zu behandeln.
- (7) Der Zinsbescheid bei Stundung kommunaler Abgaben ist ein Verwaltungsakt, der mit Rechtsbehelfsbelehrung auszustatten ist (§ 157 AO).
- (8) Über die Stundung entscheidet:
 - 1. bis zur Höhe von 500,00 Euro von der Kämmerer:in der Stadt Straßburg (Um.) bis,
 - 2. bis zur Höhe von 1.500,00 Euro vom Bürgermeister der Stadt Straßburg (Um.),
 - 3. bis zur Höhe von 2.500,00 Euro vom Hauptausschuss
 - 4. von über 2.500,00 Euro von der Stadtvertretung der Stadt Straßburg (Um.)
- (9) Wenn die Erfüllung der Verbindlichkeit durch den Schuldner zweifelhaft erscheint, muss die Stundung von einer Sicherheitsleistung abhängig gemacht werden.

§ 2 Aussetzung der Vollziehung

- (1) Abgaben und Gebühren sind grundsätzlich auch dann zu zahlen, wenn der Schuldner Rechtsbehelf einlegt (§ 80 Abs. 2 Nr.1 VwGO, § 361 Abs.1 AO). Somit hat der Rechtsbehelf keine aufschiebende Wirkung.
- (2) Ist die Rechtslage zweifelhaft oder würde die sofortige Zahlung für den Abgabenschuldner eine unbillige, nicht durch überwiegende öffentliche Interessen gebotene Härte bedeuten, kann (Ermessensentscheidung) die Vollziehung des Abgabenbescheides ausgesetzt werden (§ 80 Abs.4 VwGO, § 361 Abs. 2 AO). Die Aussetzung der Vollziehung schiebt die Fälligkeit auf, hat also die rechtliche Wirkung einer Stundung. Die Aussetzung der Vollziehung kann von einer Sicherheitsleistung abhängig gemacht werden. Ausgesetzte Beträge sind bei Erfolglosigkeit des Rechtsbehelfs zu verzinsen (§ 237 AO).
- (3) Über die Aussetzung der Vollziehung entscheidet:
 - a) Soweit die Aussetzung der Vollziehung wegen erheblicher Zweifel an der Rechtmäßigkeit des angefochtenen Bescheides in Betracht kommt, die Kämmerer:in in Absprache mit dem Bürgermeister.
 - b) Für den Bereich Steuern die Kämmerer:in auf der Grundlage vorliegender Grundlagenbescheide des Finanzamtes.

§ 3 Niederschlagung

- (1) Niederschlagung ist eine befristete oder unbefristete Zurückstellung der Weiterverfolgung eines fälligen Anspruchs ohne Verzicht auf den Anspruch selbst. Die Niederschlagung ist eine verwaltungsinterne Maßnahme und kein Verwaltungsakt.
- (2) Voraussetzung für eine befristete Niederschlagung:
 - a) eine befristete Niederschlagung kommt in Betracht, wenn die Einziehung vorübergehend keinen Erfolg haben wird.
- (3) Voraussetzung für eine unbefristete Niederschlagung:

eine unbefristete Niederschlagung ist zulässig, wenn

 - a) die Einziehung nachweislich dauernd ohne Erfolg bleiben wird, oder
 - b) die Kosten der Einziehung außer Verhältnis zur Höhe des Anspruchs stehen (§ 22 Abs. 2 GemHVO-Doppik, § 261 AO).
- (4) Über die Niederschlagung wird der Schuldner nicht informiert. Die Niederschlagung bedarf keines Antrages eines Schuldners. Durch die Niederschlagung erlischt der Anspruch nicht. Die weitere Rechtsverfolgung wird daher nicht ausgeschlossen.
- (5) Ansprüche können niedergeschlagen werden:
 1. bis zur Höhe von 500,00 Euro von der Kämmereramtseiterin der Stadt Strasburg (Um.) bis,
 2. bis zur Höhe von 1.500,00 Euro vom Bürgermeister der Stadt Strasburg (Um.),
 3. bis zur Höhe von 2.500,00 Euro vom Hauptausschuss
 4. von über 2.500,00 Euro von der Stadtvertretung der Stadt Strasburg (Um.)
- (6) Befristet niedergeschlagene Forderungen sind in Abstimmung mit dem jeweiligen Fachamt weiter zu verfolgen. Die wirtschaftlichen Verhältnisse des Schuldners sind mindestens einmal im Jahr zu überprüfen um die Verjährung rechtzeitig zu unterbrechen. (§§ 228, 231 AO).
- (7) Die niedergeschlagenen Beträge sind in einer Niederschlagsüberwachungsliste durch die Stadtkasse aufzulisten. Ergibt sich nachträglich die Möglichkeit der Einziehung, sind diese Forderungen in der Niederschlagsliste des Kassenkontos wiederaufleben zu lassen.

§ 4 Erlass

- (1) Ein Erlass ist ein Verzicht auf einen Anspruch.
- (2) Ansprüche dürfen ganz oder teilweise erlassen werden, wenn ihre Einziehung nach Lage des Einzelnen Falles für den Schuldner eine besondere Härte bedeuten würde. Das gleiche gilt für die Minderung von Forderungen und die

Rückzahlung oder Anrechnung von geleisteten Beträgen (§ 22 Abs.3 GemHVO-Doppik).

Der Erlass soll nur auf Antrag erfolgen.

(3) Über den Erlass entscheidet:

1. bis zur Höhe von 500,00 Euro von der Kämmereramtseiterin der Stadt Strasburg (Um.) bis,
2. bis zur Höhe von 1.500,00 Euro vom Bürgermeister der Stadt Strasburg (Um.),
3. bis zur Höhe von 2.500,00 Euro vom Hauptausschuss
4. von über 2.500,00 Euro von der Stadtvertretung der Stadt Strasburg (Um.)

(4) Die Stadtkasse hat sich die Entscheidungen nach Abs. 3 schriftlich einzuholen und eine Abgangsordnung für den Erlass zu erteilen.

(5) Erlassene Forderungen werden mit dem Erlass als Forderung ausgebucht. Eine Wertberichtigung ist nicht erforderlich.

§ 5 Kleinbeträge

(1) Die Stadt Strasburg (Um.) kann davon absehen, Ansprüche von weniger als 10,00 Euro geltend zu machen, es sei denn, dass die Einziehung aus grundsätzlichen Erwägungen geboten ist (§ 23 GemHVO-Doppik).

§ 6 Wertberichtigungen

(1) Abzinsungen

Unverzinsliche, niedrig verzinsliche und zinslos gestundete Forderungen mit einer Laufzeit von mehr als 3 Jahren sind mit ihrem Barwert unter Berücksichtigung eines Zinssatzes von 5,5 v.H. anzusetzen.

- unverzinsliche: vereinbarter Zinssatz 0 v.H./ p.a.
- niedrig verzinsliche : vereinbarter Zinssatz zwischen 0 v.H. - 3 v.H./ p.a.
- zinslos gestundet: auf die Erhebung wird verzichtet.

Der Barwert (abgezinste Nominalwert) errechnet sich aus:

Nominalwert x Abzinsungsfaktor = Barwert

Abzinsungsfaktor = $(1+i)^{-n}$ i= Zinssatz; n= Laufzeit zum Bilanzstichtag

Die Berechnung ist mit der Kämmereramtseiterin abzustimmen und als Jahresabschlussbuchung zu buchen.

(2) Niederschlagungen

Niedergeschlagene Forderungen sind zum Jahresabschluss zu berichtigen. Die Wertberichtigung kann bis zu 100 v.H. der Forderung betragen. Die Höhe der Wertberichtigung ist schriftlich zu begründen.

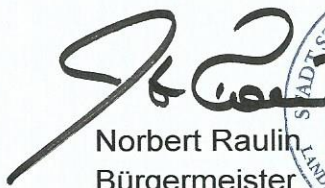
(3) Erlassene Forderungen

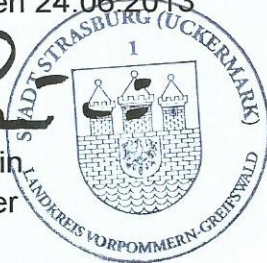
Erlassene Forderungen werden mit dem Erlass als Forderung ausgebucht. Eine Wertberichtigung ist somit nicht erforderlich.

§ 7 Inkrafttreten

Diese Satzung tritt am Tag nach ihrer Bekanntmachung in Kraft. Gleichzeitig tritt die Satzung über Stundung, Niederschlagung und Erlass vom 16.12.1999 außer Kraft.

Strasburg, den 24.06.2013


Norbert Raulin
Bürgermeister



Soweit beim Erlass dieser Satzung gegen Verfahrens- und Formfehler verstoßen wurde, können diese nach § 5 Abs. 5 der Kommunalverfassung des Landes Mecklenburg-Vorpommern (KV M-V) vom 13. Juli 2011 in der Fassung der Bekanntmachung vom 13. Juli (GVObI. M-V 2011 S.777, 833), nur innerhalb eines Jahres geltend gemacht werden. Diese Einschränkung gilt nicht für die Verletzung von Anzeige-, Genehmigungs- und Bekanntmachungsvorschriften.